

Pius Abenthum wiedergewählt

Jahreshauptversammlung beim Bayernpartei-Ortsverband Ammersee/West

Obermühlhausen | DSt | Bei der Jahreshauptversammlung des Bayernpartei-Ortsverbandes Ammersee/West im Gasthaus Wegele in Obermühlhausen wurde der langjährige Vorsitzende Pius Abenthum erneut für zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Zu seinen Stellvertretern wählte der Ortsverband Armin Brauns aus Obermühlhausen und Erwin Stangl aus Eching. Georg Wegele vom Schlöglhof wurde in seinem Amt als Kassier bestätigt und zu Beisitzern wählte die Versammlung Franz Dallmaier aus Rieden und Klaus Strahlendorf aus Obermühlhausen. Brauns übernimmt zusätzlich das Amt des Schriftführers.

In seinem Grußwort bedankte sich der Kreisvorsitzende Dieter Steininger bei Abenthum für die geleistete Aufbauarbeit, denn seit der Gründung im Jahre 1996 ist Abenthum Vorsitzender des Ortsverbandes. Seit 2002 gehört Abenthum dem Marktgemeinderat Dießen an und seit 2008 sitzt er für die Bayernpartei im Kreistag. Nachdem Steininger eine schleichende Amtsmüdigkeit bei Abenthum festgestellt hätte appellierte er an die Versammlungsteilnehmer: „Gebt’s euren Herzen einen Stoß und lasst’s euch bei den kommenden Kommunalwahlen als Kandidaten aufstellen. Denn nur so hat eine kleine Partei wie wir eine Chance mitzureden!“

Nach dem Jahresrückblick von Abenthum über die Aktivitäten des Ortsverbandes und einem Ausblick auf die kommenden Termine stellten sich die Direktkandidaten vor. Hermann Dempfle vom Ortsverband Lechrain kandidiert für den bayerischen Landtag und Georg Wegele für den oberbayerischen Bezirkstag. Generalsekretär Hubert Dorn forderte in seiner Rede, dass nicht nur die Studiengebühren wegfallen dürften, sondern im gleichen Zuge müssten auch die Gebühren für die Meisterausbildung wegfallen. Es könne nicht sein, dass man die Studenten frei stelle und bei denjenigen abkassiere, die sich zum Meister ausbilden lassen. Der Wegfall der Studiengebühren würde mit ca. 180 Mio. Euro zu Buche schlagen und bei einer kostenlosen Meisterausbildung müsse man nochmal mit der gleichen Summe rechnen. Zusammengenommen wären das nicht einmal zehn Prozent dessen, was wir jedes Jahr als Länderfinanzausgleich nach Berlin abführen müssen. Dorn schlug vor, diese knapp 400 Mio. Euro doch vom Länderfinanzausgleich abzuziehen und für die Ausbildung im eigenen Land zu verwenden.

Überhaupt sei die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs eine Ur-Forderung der Bayernpartei. Wenn jetzt zwei Länder diesbezüglich vor dem Bundesverfassungsgericht klagen wollen, dann sieht das Dorn nur als eine Luftnummer im Wahlkampf: „Eine Entscheidung kommt erst nach den Wahlen und das Gericht wird logischerweise nicht in einen von Bund und Ländern ausgehandelten Kompromiss eingreifen. Im besten Fall gibt es Maßregeln für die Verhandlungen im Jahre 2019!“



Von links: Armin Brauns, Erwin Stangl, Georg Wegele, Hermann Dempfle, Hubert Dorn, Pius Abenthum